



Europa der Frauen: Für Geschlechterparität bei den 2014 neu zu besetzenden Posten in Europas Institutionen



Autor : Pascale Joannin

Zum Weltfrauentag am 8. März veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung einen Text von Pascale Joannin mit dem Titel "Europa der Frauen: Für Geschlechterparität bei den 2014 neu zu besetzenden Posten in Europas Institutionen". 2014 ist ein entscheidendes Jahr für die Union, alle Institutionen werden neu besetzt (Parlament, Kommission, Hohe Repräsentantin für Auswärtige Angelegenheiten, Präsident des Europäischen Rates). Dies ist die Gelegenheit für die Europäische Union, die Regelungen zur Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen umzusetzen: 2 Positionen an der Spitze der Institutionen 14 EU-Kommissarsposten von 28 sollten von Frauen übernommen werden.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Zukunft/Europa - Erweiterung - Extremismus **Wahlen/EU** : PES
Finanzkrise : Deutschland - Portugal - Spanien - Frankreich - Griechenland
Kommission : Zahlungen - Wirtschaftsaussichten - Vertrauen **Parlament** : Armut -
Umwelt - Ukraine - Sicherheit - Tabak - Straftaten - Eisenbahn **Rat** : Entsendung -
Justiz **Diplomatie** : Handel **Deutschland** : Deutschland/Frankreich - Wahlen/EU
Spanien : Justiz - Ankündigung - Kanal/Panama **Frankreich** : Zentralafrika
Italien : Regierung **Tschechische Republik** : Zukunft/EU
Rumänien : Kabinettsumbildung **Großbritannien** : Zukunft/EU - Einwanderung
Slowenien : Kabinettsumbildung **Ukraine** : G7 - Einfrieren/Guthaben - NATO -
Regierung - Krim **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation **Eurobarometer** : Klima
Berichte/Studien : Städte - Verteidigung **Veröffentlichungen** : GB/EU
Kultur : Ausstellung/Hamburg - Ausstellung/Basel - Deutschland/Karneval -
Ausstellung/Biot

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Seminar der EVP



Am 6. und 7. März 2014 wird in Dublin ein EVP-Studienseminar stattfinden. Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am 6. März 2014 zum Thema "Neues Vertrauen in Europa" sprechen. Der Präsident des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung, Jean-Paul Betbèze, wird am 7. März 2014 zum Thema "Neue Impulse für die soziale Marktwirtschaft" sprechen. Das Seminar kann im Livestream verfolgt werden unter www.eppgroup.eu. [Fortsetzung](#)

Herausforderungen durch die Erweiterung



Am 12. März 2014 wird die Robert Schuman Stiftung in Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung der EU-Kommission in Paris eine Konferenz organisieren zum Thema "Herausforderungen durch die EU-Erweiterung", in deren Rahmen insbesondere die Hilfen im Vorfeld der Erweiterung diskutiert werden sollen (IAP). An der Konferenz werden zahlreiche Fachleute zu Erweiterungsfragen teilnehmen. Eine Teilnahme ist nach vorheriger Anmeldung an folgende Adresse möglich: info@robert-schuman.eu.. [Fortsetzung](#)

Populismus und Extremismus in Europa



Die Europäischen Sozialdemokraten organisieren am 5. März 2014 eine Debatte im Europaparlament zum Thema "Rechtsextremer Populismus und Extremismus in Europa". Magali Balent, Projektdirektorin der Robert Schuman Stiftung, wird an der Debatte teilnehmen... [Fortsetzung](#)

Wahlen/EU :

Europas Sozialdemokraten verabschieden Wahlprogramm für Europawahlen



Die Delegierten der Europäischen Sozialdemokraten wählten den derzeitigen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, am 1. März 2014 in Rom zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahlen im Mai und zu ihrem Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Martin Schulz wurde mit 368 von 404 Stimmen gewählt (es gab 2 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen). 800 Delegierte waren anwesend. Auf dem Kongress wurde darüber hinaus das Wahlprogramm für die Europawahlen im Mai verabschiedet mit dem Titel "Für ein neues Europa"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

Rückgang der Arbeitslosigkeit im Februar und ausgeglichener Haushalt 2013 in Deutschland



Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit vom 27. Februar 2014 gab es im Februar nach saisonal bereinigten Werten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 14 000 Personen auf insgesamt 2,914 Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote lag im Februar bei unverändert 7,3%. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 25. Februar 2014 betrug der Finanzierungsüberschuss des Staates im Jahr 2013 300 Millionen Euro. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ergibt sich daraus für den Staat eine Quote von + 0,0 %... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Troika gibt grünes Licht für Portugal - Verlassen des Rettungsschirms rückt näher



Am 28. Februar 2014 erklärten sich die internationalen Gläubiger der Troika (EU, EZB und IWF) zufrieden mit den Fortschritten Portugals; durch die positive Bewertung ist das Land dem Verlassen des Rettungsschirms wieder einen Schritt näher gekommen. Die Troika gab grünes Licht für die Auszahlung einer weiteren Tranche an Hilfgeldern in Höhe von 2,5 Milliarden Euro; die Auszahlung von insgesamt 78 Milliarden Euro wurde im Mai 2011 im Rahmen des Hilfspaketes für Portugal beschlossen. Der portugiesische Premierminister Paulo Portas sagte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Troika-Entscheidung: "Die 11. Prüfung Portugals durch die Troika endete mit einem positiven Urteil. Nunmehr wird es nur noch eine Prüfung geben"... [Fortsetzung](#)

Rückgang des spanischen BIP in 2013



Nach neuesten Zahlen, die das spanische Statistikinstitut INE am 27. Februar 2014 veröffentlichte, ging das BIP im 4. Quartal 2013 um 0,2% zurück. Bezogen auf das gesamte Jahr 2013 gab es einen Rückgang in Höhe von 1,2%... [Fortsetzung](#)

Frankreich: Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar

Nach neuesten Zahlen, die das französische Arbeitsministerium am 26.



Februar 2014 veröffentlichte, nahm die Arbeitslosigkeit im Januar 2014 weiter zu. Weitere 8900 Personen meldeten sich arbeitslos (+0,3%), insgesamt gab es 3,31 Millionen Arbeitslose. Unter Einbeziehung der Unterbeschäftigten (+23600 im Januar, +0,5%) gab es in Frankreich (ohne Überseegebiete) 4,92 Millionen Arbeitslose; inklusive Überseegebiete gab es 5,22 Millionen Arbeitslose... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichung des Jahresberichts 2013 der griechischen Zentralbank



Am 27. Februar 2014 präsentierte der Gouverneur der griechischen Zentralbank, G.A. Provopoulos, den Jahresbericht 2013. Laut Aussage des Gouverneurs verbessert sich die wirtschaftliche Lage in Griechenland derzeit und für 2014 rechnet er mit einer Rückkehr des Wachstums. Dies sei ein Erfolg der im Inland ergriffenen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Provopoulos hob insbesondere den Abbau der Defizite hervor (Außenhandel und Haushaltsdefizit), die Reform des Arbeitsmarktes und die der öffentlichen Verwaltung. Die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands hänge jedoch weiterhin von der Umsetzung der notwendigen Reformen ab, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Justiz und Steuern... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Reduktion der Gebühren bei Zahlungen mit Visacard



Am 26. Februar 2014 gab die EU-Kommission bekannt, dass sie die Zusagen von Visa Europe zur Senkung der Gebühren beim grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr für rechtlich bindend einstuft. Visa Europe hat zugesagt, seine multilateralen Interbankenentgelte (MIF) für Kreditkartenzahlungen auf 0,3 % des Transaktionswerts zu senken (was einer Reduzierung von 40 % bis 60 % entspricht) und seine diesbezüglichen Regeln zu überarbeiten, um einen stärkeren grenzübergreifenden Wettbewerb zu ermöglichen. Eine Reduzierung der Interbankenentgelte kommt somit nicht nur den Händlern, sondern auch den Verbrauchern zugute... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftsaussichten 2013-2015 - Winterprognose



Am 25. Februar 2014 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Winterbericht mit den Wirtschaftsaussichten 2013-2015, in dem sie die Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung betont. Im Frühjahr 2013 konnte Europa die Rezession überwinden; es gab 3 aufeinander folgende Quartale mit leichtem Wachstum. Laut Kommissionsprognose wird es 2014 in der Union ein Wachstum von 1,5% geben und in der Eurozone von 1,2%. Für 2015 rechnet die Kommission in der Union mit einem Wachstum in Höhe von 2% und in der Eurozone von 1,8%. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass die verabschiedeten Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens und zur Förderung des Wachstums umgesetzt werden. Die Kommission geht in ihrem Bericht auf die Lage in jedem einzelnen Mitgliedstaat ein... [Fortsetzung](#)

Gestiegenes Vertrauen in wirtschaftliche Entwicklung



Am 27. Februar 2014 veröffentlichte die EU-Kommission aktuelle Daten über das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung in der EU. Im Vergleich zu Januar gab es im Februar 2014 zum 10. Mal in Folge einen Anstieg des Vertrauensindex. In der Eurozone betrug der Anstieg 0,2 Punkte auf 101,2 Punkte. Für die EU liegt der Wert aktuell bei 105 Punkten. Der Index stieg insbesondere in Italien (+2,4 Punkte), in Deutschland (+0,4 Punkte) und in den Niederlanden (+0,6 Punkte). In Spanien blieb er stabil, in Frankreich gab es einen Rückgang (-1,4 Punkte)... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Hilfe für die Ärmsten: 3,5 Milliarden Euro für 2014-2020



Am 25. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten mit 592 Stimmen bei 61 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen für einen Text, der Mittel für die Ärmsten in Höhe von 3,5 Milliarden Euro im Zeitraum 2014-2020 garantiert. Das Hilfsprogramm umfasst Mittel zur Bereitstellung von Lebensmitteln, materiellen Gütern (Kleidung, Schulbedarf) und Hilfen zur Eingliederung. Die Mitgliedsländer müssen dem Text noch zustimmen... [Fortsetzung](#)

Geringere CO2-Emissionen für Neuwagen



Die EU-Abgeordneten stimmten am 25. Februar 2014 mit 499 Stimmen bei 107 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen für neue Regelungen zur Begrenzung der CO2-Emissionen bei Neuwagen. Ab 2020 soll eine durchschnittliche Grenze von 95 g pro km für Fahrzeugflotten gelten. Von 2020 bis 2022 können Gutschriften erfolgen, das heißt dass besonders saubere Fahrzeuge aus einer Flotte Emissionen anderer Fahrzeuge ausgleichen können. Die Abgeordneten sprachen sich darüber hinaus für die Umsetzung der neuen Testmethode für Fahrzeuge aus, die von den Vereinten Nationen festgelegt wurde... [Fortsetzung](#)

EU soll Ukraine finanziell unterstützen und gezielte Sanktionen verhängen



Am 27. Februar 2014 verabschiedeten die EU-Parlamentarier eine Resolution, in der sie die EU zur finanziellen Unterstützung der Ukraine aufrufen. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche der Gewaltausbrüche im Land. Die Verantwortlichen in der Ukraine sollen einen politischen Dialog zwischen den unterschiedlichen politischen Kräften im Land ermöglichen und die Souveränität des Landes verteidigen, sie sollen laut EU-Parlament zudem die Korruption bekämpfen und freie und gleiche Wahlen garantieren... [Fortsetzung](#)

EU will Auto-Notrufsystem bis 2015 serienmäßig einführen



Die EU-Abgeordneten stimmten mehrheitlich mit 485 Stimmen bei 151 Gegenstimmen und 32 Enthaltungen für die Einführung eines Auto-Notrufsystems eCall, das bis 2015 serienmäßig eingeführt werden soll. Bei einem Unfall soll eCall den Standort des Fahrzeugs automatisch an einen Rettungsdienst übermitteln – was zum Beispiel helfen soll, wenn der Fahrer bewusstlos ist. Durch das System sollen mehr Leben gerettet und Verletzte schneller versorgt werden. Das System soll kostenlos sein und auf der Notrufnummer 112 basieren. Nach der Abstimmung im Parlament müssen nun die Mitgliedstaaten über die Einführung entscheiden... [Fortsetzung](#)

Tabakprodukte weniger attraktiv machen



Am 26. Februar 2014 stimmten die EU-Abgeordneten mit 514 Stimmen bei 66 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen für einen Text, der neue Regelungen zur Abschreckung Jugendlicher in Bezug auf Tabak und Zigaretten beinhaltet. 65% der Zigarettenverpackung soll demnach künftig mit abschreckenden Bildern ausgefüllt sein. Falls elektronische Zigaretten zur Entwöhnung beitragen, sollen sie wie Medikamente reglementiert werden. Der Text erlaubt bestimmte Aromen für Wasserpipeifen, zugleich verbietet er diese für Zigaretten und losen Tabak. Die Mitgliedstaaten sollen bis zum 14. März 2014 zu den Vorschlägen Stellung nehmen... [Fortsetzung](#)

Grünes Licht für leichtere Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten



Das Europäische Parlament hat am 25.02.2014 einen Gesetzesvorschlag der Kommission zur leichteren Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der EU gebilligt. Für den Vorschlag stimmten 631 Abgeordnete, es gab 19 Gegenstimmen und 25 Enthaltungen. Strafverfolgungsbehörden sollen illegales Vermögen von Kriminellen wie Geld, Autos oder Villen künftig einfacher konfiszieren können. Die EU-Staaten müssen nur noch formal zustimmen. Die Mitgliedstaaten haben 30 Monate Zeit, die Regelungen in nationales Recht umzusetzen. Irland folgt den Kommissionsvorschlägen, Großbritannien und Dänemark lehnen sie ab... [Fortsetzung](#)

Eisenbahnverkehr: Begrenzte Öffnung für mehr Wettbewerb



Der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr soll in der EU erleichtert und verstärkt dem Wettbewerb geöffnet werden. Darauf zielen eine Reihe von Gesetzestexten ab, die das Europaparlament am 26. Februar 2014 in erster Lesung mehrheitlich verabschiedet hat. Die von der EU-Kommission geforderte strikte Trennung von Schienennetz und Fahrbetrieb fand im Parlament hingegen keine Mehrheit. Für die Vorschläge zu einer verstärkten Öffnung und mehr Wettbewerb stimmten 439 Abgeordnete, es gab 207 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Einigung über Entsendung von Arbeitnehmern



Am 27. Februar 2014 einigten sich Vertreter des Europäischen Parlaments und des Rates auf Regelungen zum besseren Schutz entsendeter Arbeitnehmer. Die Regelungen geben den Mitgliedstaaten umfangreiche Kontrollbefugnisse zur Verhinderung von Missbrauch und Lohndumping. Durch Kontrollen soll leichter festgestellt werden können, ob es sich um eine wirkliche Entsendung handelt. Erfahren Sie mehr zu diesem Thema in der aktuellen Studie der Robert Schuman Stiftung "Rahmenregelungen für die Arbeitnehmerentsendung innerhalb der Europäischen Union"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ratstreffen Justiz und Inneres



Am 3. März 2014 trafen sich die 28 EU-Justiz- und Innenminister, um in erster Lesung einen Richtlinienentwurf zu verabschieden, der Regelungen zur einheitlichen Einlagensicherung durch Banken vorsieht und einen besseren Schutz von Guthaben. Die Richtlinie sieht vor, dass sämtliche Banken in der EU eine Garantie für die Sicherung der Guthaben abgeben müssen; Guthaben bis 100 000 Euro müssen absoluten Schutz genießen. Das EU-Parlament kann die Richtlinie während der Plenarsitzung vom 14. bis 17. April 2014 in zweiter Lesung verabschieden. Die Minister diskutierten darüber hinaus Vorschläge zur Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte bei der Ausbildung im Rahmen von Europol. Weitere Themen waren der Umgang mit Flüchtlingsströmen (Tendenzen und Perspektiven) und der Stand der Umsetzung der operationellen Maßnahmen der Taskforce Mittelmeer, über den die Kommission berichtete... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Informelles Treffen der EU-Außenminister



Am 27. und 28. Februar 2014 fand ein informelles Treffen der EU-Außenminister in Athen statt. Inhalt der Gespräche waren Handelsfragen und die transatlantischen Beziehungen. Die Minister erörterten die Strategie der EU zur Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation (WTO), die Beschlüsse von Bali von Dezember 2013 wurden evaluiert. Die Vorteile eines Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP) für Wachstum und Beschäftigung in Europa standen im Mittelpunkt des Treffens, wie auch die Lage in der Ukraine und die Beziehungen der EU zu Myanmar... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Die deutsch-französischen Beziehungen: Laut Sarkozy "ein Schatz, den es zu schützen gilt"



Der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy reiste auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung am 28. Februar 2014 nach Berlin, wo er eine Rede zu den deutsch-französischen Beziehungen hielt. Er betonte, dass es sich bei den Beziehungen um einen "Schatz" handele, der geschützt werden müsse. Die Freundschaft sei existentiell und stelle das Fundament Europas dar. "Sie ist unser gemeinsamer Schatz. Da sie zerbrechlich ist, müssen wir sie schützen und stärken, indem wir den Schutzwall darum immer weiter verstärken". Ohne das deutsch-französische Band wäre Europa in ernster Gefahr, weil die Gefahr der Teilung drohe, so Sarkozy weiter. Laut Sarkozy sollte sich Europa wieder stärker im Kampf um Demokratie, Frieden und Rechtsstaatlichkeit - als Grundvoraussetzungen für Wohlstand - bemühen... [Fortsetzung](#)

Bundesverfassungsgericht erklärt 3%-Hürde bei Europawahlen für verfassungswidrig



Zwei Monate vor der Europawahl hat das Bundesverfassungsgericht am 26. Februar 2014 entschieden: Die geltende Dreiprozenthürde ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Sperrklausel verstoße gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe. Nach der Entscheidung gibt es bei der Europawahl im Mai dieses Jahres in Deutschland erstmals keine Sperrklausel mehr. Jedes EU-Mitgliedsland kann selbst entscheiden, ob es eine Sperrklausel festlegen möchte oder nicht. 14 Länder hatten bisher keine Sperrklausel für die Europawahlen festgelegt... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Spaniens Parlament setzt "universeller Justiz" Schranken



Spaniens Parlament hat für die Einschränkung der weltweiten Zuständigkeit spanischer Richter bei Menschenrechtsverstößen gestimmt. Die Abgeordneten in Madrid votierten am 27. Februar 2014 mit 180 zu 137 Stimmen für den umstrittenen Gesetzentwurf der rechtskonservativen Regierung. Das "universelle Prinzip" hatte dem Land wiederholt diplomatische Spannungen mit Drittstaaten wie China eingebracht, da diese keine strafrechtliche Verfolgung eigener Staatsangehöriger im Ausland hinnehmen wollten. Spanische Richter hatten internationale Haftbefehle - zum Beispiel gegen den ehemaligen chinesischen Präsidenten Jang Zemin - erwirkt aufgrund der Repressalien gegen Tibet in den Jahren 1980-1990... [Fortsetzung](#)

Mariano Rajoy kündigt Steuerentlastungen für 2015 an



In seiner Rede zur Lage der Nation kündigte der spanische Premierminister Mariano Rajoy Steuerentlastungen für die unteren Einkommensschichten an (Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 12000 Euro pro Jahr). Hierdurch könnte laut Einschätzung des Premiers die Arbeitslosigkeit gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden - auf europäischer Ebene und im internationalen Vergleich. Von den Steuerentlastungen sollen 12 Millionen Personen in Spanien profitieren. Mariano Rajoy kündigte darüber hinaus an, dass er für die Dauer von 24 Monaten im Falle der Einstellung neuer Mitarbeiter Firmen in Bezug auf Sozialabgaben entlasten wolle. Hierdurch sollen Einstellungen gefördert und die Beschäftigung in Spanien dynamisiert werden... [Fortsetzung](#)

Einigung über Finanzierung für Erweiterung des Panamakanals



Nach zweimonatiger Krise konnte das Konsortium unter Leitung der spanischen Firma Sacyr, das für den Ausbau des Panamakanals zuständig ist, am 27. Februar 2014 zu einer Einigung über die Mehrkosten des weiteren Ausbaus finden. Der Streit entzündete sich angesichts von Mehrkosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro (1,6 Milliarden Dollar), die zu einem Baustopp von 2 Wochen an einer der größten Baustellen weltweit führten. Die Bauarbeiten sollten ursprünglich 2015 abgeschlossen sein... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Verlängerung der Militärmission in Zentralafrika



Am 25. Februar 2014 stimmten die Abgeordneten der Assemblée nationale mit 428 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen für die Verlängerung des Militäreinsatzes in Zentralafrika. Im Senat stimmten 327 Senatoren für die Verlängerung, es gab 3 Gegenstimmen. Die Operation Sangaris, die im Dezember 2013 anließ, soll die Lage in Zentralafrika beruhigen. Inzwischen konnte die Sicherheit in der Hauptstadt Bangui wieder hergestellt werden, die französischen Truppen versuchen, dieses Ziel nun auch im Rest des Landes zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Italien :

Italienisches Parlament spricht neuer Regierung von Matteo Renzi ihr Vertrauen aus



In der Nacht vom 24. auf den 25. Februar erklärten die Abgeordneten dem neuen italienischen Regierungschef Matteo Renzi mit 169 gegen 139 Stimmen ihr Vertrauen. Renzi stellte seine Reformpläne vor, die von einem neuen Wahlsystem bis hin zu einer Reform des Justizsystems reichen, unter anderem sollen auch die Arbeitskosten gesenkt werden. Wie sein Vorgänger Enrico Letta stützt sich auch Renzi auf eine rechts-links Koalition: Der Regierung gehören Vertreter der Demokratischen Partei an, wie auch Vertreter des Rechten Zentrums unter Angelino Alfano (Innenminister) und der Partei "Bürgerwahl", die Zentrumspartei unter Mario Monti. Am 25. Februar 2014 erklärten die Abgeordneten im Parlament der neuen Regierung ihr Vertrauen mit 378 Stimmen für Renzi, es gab 220 Gegenstimmen und 1 Enthaltung. In beiden Häusern sprach Renzi über die europäische Integration und die kommende italienische Ratspräsidentschaft. "Die europäische Tradition steht für die besten Seiten Italiens, wie auch für seine Gewissheit, dass es eine Zukunft hat", so Renzi... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :**Milos Zeman zieht Einführung des Euro in Erwägung**

Am 26. Februar 2014 stellte der tschechische Präsident Milos Zeman in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament die Einführung des Euro in Tschechien in Aussicht - in zwei bis fünf Jahren, wenn die Krone sich gegenüber der europäischen Währung stabilisiert haben wird. "Wir brauchen eine europäische Föderation und keinen europäischen Einheitsstaat", so Milos Zeman in seiner Rede. Er sprach sich für eine gemeinsame europäische Verteidigungs- und Steuerpolitik aus. Darüber hinaus unterstützte er in seiner Rede die europäische Sozial-, Umwelt- und Verkehrspolitik. Der tschechische Präsident sprach als letzter Staatschef vor dem Europaparlament vor den Wahlen im Mai... [Fortsetzung](#)

Rumänien :**Kabinettsumbildung in Bukarest**

Die Sozialdemokraten (PSD) und die Nationalliberale Partei (PNL), die bisher gemeinsam die Regierung in Rumänien bildeten, konnten trotz mehrwöchiger Diskussionen nicht zu einer Einigung finden. Die PNL entschied daraufhin, in die Opposition zu wechseln; 2 Monate vor den Wahlen zum Europaparlament und neun Monate vor den Präsidentschaftswahlen in Rumänien. Die Konservativen und Zentristen der Nationalen Fortschrittspartei für Rumänien (UNPR) sprachen dem amtierenden Premierminister Victor Ponta dennoch ihr Vertrauen aus. Die Sozialdemokraten wollen jedoch eine Koalition mit der Partei der Ungarischen Minderheit (UDMR) eingehen, um sich hierdurch eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Am 26. Februar 2014 fand eine Kabinettsumbildung statt. Die liberalen Minister traten geschlossen zurück. Die Liste mit den Namen der Interimsminister ist im Internet auf der Seite der Regierung einsehbar. Am 4. März 2014 soll im Parlament über die neue Regierung abgestimmt werden... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :**Angela Merkel wirbt in London für Europa und die EU**

In ihrer Rede vor den Abgeordneten beider Häuser des britischen Parlaments betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 27. Februar 2014 die Errungenschaften der Europäischen Union und die Notwendigkeit eines Verbleibs Großbritanniens in der EU. "Wir brauchen starkes Vereinigtes Königreich mit einer starken Stimme in der Europäischen Union. So können wir die notwendigen Veränderungen erreichen – zum Wohle aller..." [Fortsetzung](#)

Großbritannien: um 40% gestiegene Einwanderung in 2013

Am 27. Februar 2014 veröffentlichte das britische Statistikinstitut aktuelle Zahlen zur Ein- und Abwanderung aus und nach Großbritannien zwischen September 2012 und September 2013. Entsprechend der veröffentlichten Daten stieg die Zahl der Einwanderer in diesem Zeitraum um 40%, von 154 000 Einwanderern bis September 2011 auf 212 000 für den Zeitraum September 2012 - September 2013. Die Zahl der Auswanderungen blieb mit 320 000 Auswanderern stabil (zuvor waren 343 000 Personen ausgewandert). Trotz eines Rückgangs der Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern stiegen die Einwanderungszahlen insgesamt an. Dies ist auf einen Anstieg der Einwanderung aus EU-Ländern zurück zu führen... [Fortsetzung](#)

Slowenien :**Kabinettsumbildung in Ljubljana**

Die Abgeordneten des slowenischen Parlaments stimmten am 24. Februar 2014 für die drei neu ernannten Minister. Den neuen Ministern für Wirtschaft und Gesundheit wird eine Schlüsselrolle zukommen bei der Suche nach Lösungen zur Überwindung der Krise, aufgrund derer das Land gezwungen war, im Dezember unter den europäischen Rettungsschirm zu schlüpfen. Neuer Wirtschaftsminister ist Metod Dragonja, neue Gesundheitsministerin ist Alenka Trop Skaza und neuer Minister für Slowenen im Ausland Gorad Zmavc. Dem neuen Kabinetts unter Führung von Premierministerin Alenka Bratusek sprachen 49 der 71 anwesenden Abgeordneten ihr Vertrauen aus... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Gemeinsame Erklärung der G7 zur Ukraine

Am 3. März 2014 veröffentlichten die Staats- und Regierungschefs der G7 gemeinsam mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy eine gemeinsame Erklärung, in der sie "die klare Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine durch die Russische Föderation" verurteilen.

In der Erklärung fordern die Unterzeichner von Russland, die Krise durch direkte Verhandlungen beziehungsweise durch internationale Beobachtung oder Vermittlung unter der Ägide der Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu lösen. Russland verstoße mit seinem Vorgehen in der Ukraine gegen die Grundsätze und Werte, die die G7 und die G8 vertreten. In diesem Sinne haben die Unterzeichner der Erklärung beschlossen, die Vorbereitungen für den für Juni geplanten G8-Gipfel in Sotschi vorläufig auszusetzen, "bis ein Umfeld hergestellt ist, in dem sinnvolle Gespräche im Rahmen der G8 wieder möglich sind.".. [Fortsetzung](#)

Schweiz, Österreich und Liechtenstein frieren Guthaben von Viktor Janukowitsch ein

Österreich, die Schweiz und Liechtenstein haben entschieden, dass die Guthaben von Viktor Janukowitsch und seinem Clan eingefroren werden. Wien gab am 28. Februar 2014 bekannt, dass es die Guthaben von insgesamt 18 Ukrainern eingefroren habe, die im Verdacht stehen, für Menschenrechtsverletzungen und Korruption verantwortlich zu sein.

Namen wurden nicht veröffentlicht. Die Schweizer Regierung veröffentlichte am gleichen Tag einen Erlass, der das Einfrieren von Guthaben von 20 Ukrainern vorsieht, überwiegend Minister der abgesetzten Regierung, wie auch Vermögen von Viktor Janukowitsch und seines Sohnes Alexander. Liechtenstein veröffentlichte eine identische Liste mit den gleichen Personen wie auf der Schweizer Liste... [Fortsetzung](#)

NATO-Verteidigungsminister beunruhigt über Entwicklungen in der Ukraine

Das westliche Verteidigungsbündnis hatte am 02.03.2014 eine Krisensitzung anberaumt. Im Anschluss verurteilten die 28 NATO-Regierungen das militärische Vorgehen Russlands auf der Krim und eine mögliche Militäraktion in der Ukraine scharf. "Ein militärisches Vorgehen der Streitkräfte Russlands gegen die Ukraine ist ein Bruch

des internationalen Rechts", sagte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in Brüssel. "Wir fordern Russland auf, die Spannungen zu verringern." In einer Erklärung heißt es, die NATO stehe auf Seiten der Ukraine als "einem geschätzten Partner". Die Tür für Verhandlungen stehe für Russland offen. Am 27. Februar 2014 hatten sich die NATO-Verteidigungsminister bereits getroffen, um über die Lage in der Ukraine zu diskutieren... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Neue Regierung bittet um finanzielle Unterstützung durch IWF

Am 27. Februar 2014 stimmten die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments mit 371 Stimmen (von insgesamt 450 Abgeordneten) für Arseni Jatseniuk als neuen Premierminister. Die neue Regierung besteht aus 19 Ministern (darunter eine Frau), 331 Abgeordnete stimmten für die neue Besetzung. Die Regierung muss zahlreiche Probleme lösen, unter anderem den drohenden Staatsbankrott. Am 27. Februar 2014 erhielt der

IWF offiziell eine Anfrage aus der Ukraine mit der Bitte um Finanzhilfe. Die IWF-Vorsitzende Christine Lagarde erklärte, dass der IWF bereit sei zu helfen. Sie kündigte an, dass in den nächsten Tagen eine Delegation des IWF in die Ukraine reisen werde... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Krim unter pro-russischer Kontrolle, EU droht mit Auswirkungen auf Beziehungen zu Russland

Die Krise aufgrund der Drohung Russlands mit einer militärischen Intervention in der Ukraine hält weiter an – es handelt sich um die schlimmste Krise zwischen Russland und dem Westen seit dem Zusammenbruch der UdSSR. Westliche Diplomaten bemühten sich am 1. und 2. März in zahlreichen Gesprächen und Erklärungen intensiv um eine Deeskalation. Übereinstimmend wurde die Verletzung der nationalen Souveränität der Ukraine entschieden verurteilt, Moskau wurde mit "Isolation" gedroht. Am 1. März 2014 hatte Präsident Vladimir Putin von den Abgeordneten des russischen Parlaments grünes Licht erhalten für den Einsatz der Armee in der

Ukraine, während die Lage auf der Krim sich stetig verschlechterte und auch andere pro-russische Gebiete in der Ukraine unter den Einfluss separatistischer Strömungen fielen. Die 28 EU-Außenminister, die sich am 3. März in Brüssel trafen, warnten Russland vor Auswirkungen auf die Beziehungen zur EU. Sie forderten von Russland, alles für eine Deeskalation zu tun. Die OSZE gab am gleichen Tag bekannt, dass sie eine Mission zur Wahlbeobachtung für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen entsenden wird, die am 25. Mai 2014 stattfinden sollen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Eurostat :

Arbeitslosenquote bei 12% in der Eurozone und 10,8% in der EU



Am 28. Februar 2014 gab Eurostat bekannt, dass die Arbeitslosenquote in der Eurozone im Januar 2014 bei 12% lag (in der EU bei 10,8%). Insgesamt waren im Januar 2014 in der Eurozone 19,175 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, in der EU gab es 26,231 Millionen Arbeitslose. Am stärksten betroffen waren Griechenland (28% im November 2013) und Spanien (25,8%). Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen verzeichneten Österreich (4,9%), Deutschland (5%) und Luxemburg (6,1%)... [Fortsetzung](#)

Inflationsrate in der Eurozone bei 0,8% im Februar



Nach aktuellen Angaben von Eurostat, die am 28. Februar 2014 veröffentlicht wurden, blieb die Inflation in der Eurozone im Februar 2014 mit 0,8% stabil. Hauptkomponenten der Inflationsentwicklung waren Ernährung, alkoholische Getränke und Tabak, die zu einer jährlichen Inflationssteigerung von 1,5% führten, darüber hinaus Dienstleistungen mit 1,3% und industrielle Güter ohne Energie mit 0,6% wie auch Preise für Energie mit -2,2%... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Europäische Bürger stehen hinter dem Kampf gegen Klimawandel



Vier von fünf EU-Bürgern sind der Meinung, dass umweltfreundliches Wirtschaften und eine effiziente Energienutzung Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft in Schwung bringen. Dieses Ergebnis der Eurobarometer-Umfrage, das am 3. März veröffentlicht wurde, liegt über dem Ergebnis von 2011, als sich 78% zu dieser Meinung bekannten. Für 70% der befragten Deutschen gehört der Klimawandel zu den gravierendsten Problemen weltweit, im EU-Durchschnitt sehen das 50% der Befragten ebenso... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Lebensqualität: Europäische Städte liegen weltweit vorne



Drei der fünf weltweit am besten bewertete Städte mit der höchsten Lebensqualität liegen in Europa (nach dem jährlichen Ranking "Quality of living survey", das im Februar veröffentlicht wurde). Wien liegt auf Platz 1, gefolgt von Zürich, Auckland, München und Vancouver. Die in Europa am schlechtestens bewertete Stadt ist Tiflis in Georgien. Drei deutsche Städte (München, Düsseldorf und Frankfurt am Main) wurden unter die Top Ten gewählt, damit ist Deutschland das Land mit den meisten bestbewerteten Städten in Europa. "Europäische Städte garantieren eine ausgezeichnete Lebensqualität im Vergleich zu anderen Regionen", so Slatin Paraktil, Senior Analyst des Instituts Mercer, das über die jährliche Rangfolge entscheidet. "Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und Freizeitangebote weisen grundsätzlich ein sehr hohes Niveau auf"... [Fortsetzung](#)

Kooperation zwischen den nordeuropäischen Ländern, Motor für eine europäische Verteidigungspolitik?



In einer aktuellen Studie analysiert Hanna Ojanen, Spezialistin am Institut TEPSA (Trans European Policy Studies Association) die These, inwiefern die Zusammenarbeit zwischen den nordeuropäischen Ländern Motor für eine stärkere europäische Integration im Bereich Verteidigung sein könnte. Die Autorin sieht in dem Kooperationsprojekt NORDEFECO aus dem Jahr 2009, in dem die nordeuropäischen Länder Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island verbunden sind, ein Beispiel für eine mögliche Kooperation auf gesamteuropäischer Ebene. Im Rahmen von NORDEFECO wurde eine Vision bis 2020 verabschiedet, die laut Meinung der Autorin für sämtliche EU-Länder gelten könnte, da auf dem Rat im Dezember 2013 keine derartige Vision

Veröffentlichungen :

"Soll Großbritannien die Europäische Union verlassen?"



Die "Documentation française" veröffentlicht in ihrer Reihe "Réflexe Europe" einen Text von Pauline Schnapper mit dem Titel ""Soll Großbritannien die Europäische Union verlassen?" Die Autorin analysiert den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU vor dem Hintergrund des von David Cameron angekündigten Referendums. Der Text widmet sich zunächst der Geschichte der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Union seit dem Ende des 2. Weltkriegs bis heute. Die Autorin betont den Umfang der oft unterschätzten Beiträge Großbritanniens und die engen Beziehungen, die Großbritannien mit seinen europäischen Nachbarn unterhält. Schließlich analysiert die Autorin die offenen Fragen, die über den Verbleib oder das Verlassen der Union entscheiden werden. Abschließend werden die Konsequenzen eines möglichen Austritt Großbritanniens für das Land selbst und für die Union erläutert... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Feuerbachs Musen - Lagerfelds Models



Mit der Ausstellung Feuerbachs Musen – Lagerfelds Models präsentiert die Hamburger Kunsthalle eine ungewöhnliche Doppelschau zu Anmut, Erotik und der Verehrung von Musen und Models, indem sie Gemälde von Anselm Feuerbach mit noch nie gezeigten Photographien von Karl Lagerfeld zusammenführt. Auf ähnliche Weise suchen Feuerbach und Lagerfeld nach einer Aktualisierung der in der Antike begründeten idealen, zeitlosen Schönheit. Die Ausstellung stellt über 40 Gemälde Anselm Feuerbachs (1829-1880) bisher unveröffentlichten und extra für die Ausstellung angefertigten schwarz-weiß Fotografien von Karl Lagerfeld gegenüber. Die Ausstellung ist bis zum 15. Juni 2014 geöffnet... [Fortsetzung](#)

"Odilon Redon" in der Fondation Beyeler in Basel



Die Fondation Beyeler in Basel widmet dem französischen Maler Odilon Redon (1840-1916) bis zum 18. Mai 2014 eine Ausstellung. Odilon Redon gehört mit seinem Farbenkosmos zu den erstaunlichsten Künstlern der anbrechenden Moderne. Die Kunst dieses Hauptvertreters des französischen Symbolismus steht an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert und ist durch das Wechselspiel zwischen Tradition und Innovation bestimmt... [Fortsetzung](#)

Karneval in Deutschland



Egal ob "Karneval" (Rheinland), "Fastnacht" (schwäbisch-alemannisch) oder "Fasching" (Bayern), in vielen Regionen Deutschlands erreichen die Feierlichkeiten am Rosenmontag ihren Höhepunkt. Der Karneval beginnt immer mit "Altweiber" am Donnerstag. Den Höhepunkt stellen die großen Umzüge am Rosenmontag dar, wo insbesondere in den Hochburgen Köln, Düsseldorf und Mainz die aktuelle Politik auf's Korn genommen wird. Am Aschermittwoch ist alles vorbei - das Faschingskostüm wird gegen den Anzug getauscht und es gelten wieder die gewohnten Regeln. In der christlichen Tradition markiert der Aschermittwoch das Ende des Karnevals und den Beginn der Fastenzeit, die bis Ostern andauert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Fernand Léger: Rekonstruktion der Wirklichkeit



Das Museum Fernand Léger in Biot (Alpes-Maritimes) zeigt bis zum 2. Juni 2014 eine Ausstellung mit dem Titel "Rekonstruktion der Wirklichkeit". Die Ausstellung ist den Werken des "realistischen" Malers Fernand Léger gewidmet, der sich seit den 1920er Jahren in seinem Werk mit Formen und Kontrasten auseinandersetzte. Das Werk Légers unterscheidet sich vom Surrealismus, es steht jedoch mit dieser Strömung in Verbindung. Die Ausstellung zeigt Ähnlichkeiten und Überschneidungen... [Fortsetzung](#)

Agenda :



3. März
Brüssel
Ratstreffen Umwelt

Brüssel
Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



3. und 4. März
Brüssel
Ratstreffen "Justiz und Inneres"



4. März
Brüssel
Ratstreffen "Transport, Telekommunikation und Energie"



6. März
Frankfurt/Main
EZB-Rat

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Antonello Cadinu, Claire Darmé, Raphaël Frison, Salomé Larcher, Jelena Isailovic, Victoria de Posson

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}